

04.10.2017

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 249 vom 30. August 2017
der Abgeordneten Sarah Philipp SPD
Drucksache 17/479

Mit Vollgas in die Fahrverbote: Wann beginnt Landesverkehrsminister Wüst (CDU) mit konstruktiver Arbeit zur Lösung der Abgasproblematik?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Der sogenannte „Dieselgipfel“ der Bundesregierung vom 2. August, an dem auch Vertreter der Landesregierungen und Vertreter der Wirtschaft teilgenommen haben, hat keine wirklich wirksamen Maßnahmen zur Lösung des Problems erbracht. Vielmehr standen seine Ergebnisse schon im Vorhinein fest, so dass von einem abgekarteten Spiel von Bundesregierung und Automobilindustrie gesprochen werden kann. Die ZEIT nannte das eine „peinliche Inszenierung“ (ZEIT-Online).

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens hat die medial wie fachlich überwiegend als völlig unzureichend bewerteten Ergebnisse des Dieselgipfels positiv vertreten. Unter anderem auch dadurch, dass der Ministerpräsident seine veröffentlichten Forderungen im Vorfeld des Gipfels aus der bereits vorher endabgestimmten Abschlusserklärung entnommen hat.

Wenn jetzt Landesverkehrsminister Hendrik Wüst öffentlich erklärt, dass er Fahrverbote für Diesel-PKW in den Städten ablehnt, muss der Eindruck entstehen, dass er eben diese durch Untätigkeit provoziert.

Der Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie hat die Kleine Anfrage 249 mit Schreiben vom 29. September 2017 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidentin, dem Verkehrsminister, der Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und dem Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales beantwortet.

Datum des Originals: 29.09.2017/Ausgegeben: 09.10.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

1. Warum waren beim Dieseltreffen weder Vertreter der Umweltschutzverbände noch Vertreter der Verbraucherschutzverbände eingeladen?

Veranstalter und damit Einladende des Dieseltreffens waren die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur. Die Aufstellung der Einladungsliste erfolgte nicht durch die Landesregierung.

2. Welche Maßnahmen müssen nach Ansicht der Landesregierung noch getroffen werden, um die negativen Folgen des Abgasskandals zu überwinden, wenn einerseits Fahrverbote vermieden, andererseits aber keine weiteren Nachbesserungen der Autoindustrie an den Fahrzeugen erfolgen sollen?

Auf dem Dieseltreffen war es einvernehmliche Auffassung der Bundesregierung und der teilnehmenden Ministerpräsidenten der betroffenen Bundesländer, die Verstöße gegen das geltende Recht lückenlos aufzuklären und die Verantwortung der Verursacher einzufordern, damit sich derartige Betrügereien nicht wiederholen. Neben der juristischen Aufklärung muss das Problem der zu hohen Stickoxid-Werte angegangen werden, unter anderem mit der von der Autoindustrie zugesagten Nachrüstung (Software-Update) der betroffenen Diesel-PKW und der Prüfung der Möglichkeiten der technischen Nachrüstung (Hardware-Lösungen).

Des Weiteren setzt sich die Landesregierung für ein Förderprogramm zur deutschlandweiten Nachrüstung dieselbetriebener Fahrzeuge des städtischen ÖPNV, einen schnellen Ausbau der Elektromobilität sowie entsprechende Maßnahmen der Autoindustrie ein. Die Landesregierung steht mit den akut von Fahrverboten betroffenen Kommunen und den Kommunalen Spitzenverbänden im ständigen Dialog, um gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Darüber hinaus hat der Dieseltreffen vier Arbeitsgruppen bestimmt, die zu den Themenbereichen

- Emissionsreduzierung in den im Verkehr befindlichen Fahrzeugflotten
- Verkehrslenkung, Digitalisierung und Vernetzung
- Umstieg öffentlicher Fahrzeugflotten auf emissionsarme Mobilität
- Optimierung von Antriebstechnologien und alternative Kraftstoffe

Lösungsansätze erarbeiten sollen. Die Landesregierung hat in alle vier Arbeitsgruppen hochrangige Vertreter entsandt, um die Belange der nordrhein-westfälischen Kommunen sowie das Potential von Forschung und Industrie aus Nordrhein-Westfalen einzubringen. Die Lösungsansätze sollten dann bei dem nächsten Nationalen Dieseltreffen, zu dem die Bundesregierung für November einladen wird, diskutiert werden. Den noch zu entwickelnden Lösungsvorschlägen will die Landesregierung nicht vorgreifen.

3. Wie stellt sich das Vertragsverletzungsverfahren der EU gegenüber der Bundesrepublik Deutschland in zeitlicher Perspektive konkret dar, was die fortgesetzte Überschreitung der Abgaswerte angeht?

Am 15. Februar 2017 ging das zweite und damit letzte Mahnschreiben an Deutschland, mit dem die Europäische Kommission Deutschland auffordert, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den NO₂-Grenzwert einzuhalten. Dieses Schreiben wurde durch eine Mitteilung der Bundesregierung an die Europäische Kommission beantwortet. Das Bundesministerium

für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit plant zusätzlich im Nachgang zu dieser Stellungnahme eine Information der Europäischen Kommission bezüglich der Ergebnisse des Nationalen Forums Diesel am 02.08.2017.

Die Ergebnisse der Prüfung der Stellungnahme durch die EU-Kommission liegen bislang nicht vor. Eine Darstellung der konkreten zeitlichen Perspektive ist momentan nicht möglich.

4. Welche konkreten Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen sind zu erwarten?

Zur Beurteilung der konkreten Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen sind zunächst die Ergebnisse der Prüfung der EU-Kommission abzuwarten.

5. Warum hat die Landesregierung beim Dieseltreffen nicht die Interessen der betroffenen Autofahrer vertreten und gegenüber der Automobilindustrie auf wirklich wirksame Nachrüstungsmaßnahmen zur Senkung des Schadstoffausstoßes gedrungen?

Der Dieseltreffen diente dazu, einen grundsätzlichen Austausch der deutschen Automobilindustrie mit dem Bund und den Ländern zu führen, um umsetzbare Problemlösungen zu vereinbaren.

Ministerpräsident Armin Laschet hat sich bei dem Gipfel nachdrücklich für die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher eingesetzt und für Klarheit in der Debatte gesorgt.

Die Zusage der Automobilindustrie, eine Nachrüstung (Software-Update) der betroffenen Diesel-PKW auf ihre Kosten durchzuführen, und die bereits von den Herstellern ausgelobten Umstiegsprämien sind bereits die ersten Schritte in diese Richtung. Weitere Maßnahmen werden nach Prüfung der Vorschläge aus den eingesetzten Arbeitsgruppen erfolgen.